



# HESSISCHER LANDTAG

13. 08. 2020

SIA

## Dringlicher Berichts Antrag

### Yanki Pürsün (Freie Demokraten) und Fraktion

#### Der ÖGD in der Corona-Krise

In den vergangenen Tagen mehren sich die Meldungen, dass Gesundheitsämter Kinder per Anordnung unter Quarantäne setzen und damit verbunden die Eltern anhalten, das Kind in der Familie räumlich zu isolieren. Es sollen beispielsweise keine gemeinsamen Mahlzeiten eingenommen werden und das Kind soll sich in einem Zimmer alleine aufhalten. Bei Zuwiderhandlung drohe die Unterbringung des Kindes in einer geschlossenen Einrichtung. Im Fokus stehen dabei ein Fall aus Hessen sowie ein Fall aus Baden-Württemberg. Der Kinderschutzbund spricht von „psychischer Gewalt“, siehe Pressemitteilung vom 31. Juli 2020. Am 6. August 2020 hat sich der Kreis Offenbach zu den Vorwürfen geäußert, diese zurückgewiesen und verlauten lassen, dass der Gesetzgeber keinen Unterschied beim Alter mache. Diese Berichterstattung beschädigt das Vertrauen der Bevölkerung in die Angemessenheit des behördlichen Vorgehens. Angst vor dem Kontakt mit Behörden gefährdet erfolgreiche Zusammenarbeit.

Der Bundesgesundheitsminister wusste in der Pressekonferenz vom 6. August 2020 nichts von den Vorfällen und versprach, „sich schlau“ zu machen. Aufgrund des regelmäßigen Austausches des Ministeriums mit den Gesundheitsämtern sollte Staatsminister Klose im Bilde sein.

Die Entwicklung der letzten Wochen war in hohem Maße dynamisch. Die Regelungen rund um das Corona-Virus wurden regelmäßig geändert, und insbesondere der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist vor besondere Herausforderungen gestellt. Die freiwilligen sowie obligatorischen Testungen werden ausgeweitet und der Arbeitsaufwand für die Gesundheitsämter steigt. Gleichzeitig steigt der Erkenntnisgewinn der Wissenschaft und neue Strategien zur Bewältigung der Pandemie und zur Eindämmung des Virus werden bekannt, wie zum Beispiel die effiziente Verfolgung des Infektionsgeschehens nach Clustern.

Die Mitarbeiter der Gesundheitsämter leisten sehr engagierte Arbeit. Es fehlt aber an Einsatz und Orientierung seitens des Landes.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

#### I. Quarantäne-Anordnungen für Kinder

1. Sind der Landesregierung die oben beschriebenen Fälle bekannt?
2. Sind der Landesregierung weitere, ähnlich gelagerte Fälle bekannt?
3. Hat die Landesregierung zur Klärung das Gespräch mit den zuständigen Gesundheitsämtern gesucht?
4. Inwiefern werden vor Aushändigung der Quarantäne-Anordnungen mit entsprechenden Androhungen klärende Gespräche mit den von Quarantäne-Anordnungen betroffenen Familien gesucht und geführt?
5. Hält die Landesregierung Gespräche mit den Familien nicht für vertrauensstiftender als die Androhung von Zwangsmaßnahmen?
6. Hält die Landesregierung das Vorgehen der strikten Isolation von Kindern innerhalb der eigenen Familie für angemessen?
7. Hält die Landesregierung die Androhung der Absonderung und Unterbringung der Kinder in einer geschlossenen Einrichtung für angemessen?

8. Hat es in der Vergangenheit bereits solche Fälle der Inobhutnahme zwecks Durchsetzung der Quarantäneanordnung gegeben?
9. Hält die Landesregierung dieses Vorgehen von § 30 IfSG für gedeckt?
10. Ab welchem Alter der Kinder hält die Landesregierung ein solches Vorgehen der Gesundheitsämter für angemessen?
11. Welche Rolle spielt nach Auffassung der Landesregierung die individuelle geistige Reife der betroffenen Kinder bei der Bewertung des o.g. Vorgehens der Gesundheitsämter?
12. Welche Rolle spielt nach Auffassung der Landesregierung die räumliche Kapazität der betroffenen Familien bei der Bewertung des o.g. Vorgehens der Gesundheitsämter?
13. Welche Quarantäne-Anordnungen treffen die Gesundheitsämter für die Eltern, deren Kind positiv auf Covid-19 getestet wurde?
14. Wie werden die Quarantäne-Anordnungen für die Kinder durchgesetzt und überprüft?
15. Wie werden mögliche Quarantäne-Anordnungen für die Eltern durchgesetzt und überprüft?
16. Welche Unterstützung bieten die Gesundheitsämter und Jugendämter betroffenen Familien an?
17. Liegt es nicht im Ermessen und der Einschätzung der Familie, das Risiko der Ansteckung abzuwägen und sich ggf. selbst in Quarantäne zu begeben?
18. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie die kommunalen, für Kinderschutz zuständigen Ämter das Vorgehen einschätzen und ob sie das Vorgehen billigen?
19. Mit welchen Konsequenzen müssen die Eltern rechnen, die die Anordnungen des Gesundheitsamtes befolgen und ihr Kind isolieren, sofern diese in Frage 18 erwähnten Ämter zu der Einschätzung gelangen, dass durch die Isolation oder Absonderung der Kinder das Kindeswohl gefährdet ist?

## **II. Öffentlicher Gesundheitsdienst**

1. Wie viel Personal ist aktuell in den Gesundheitsämtern beschäftigt? Bitte nach Gesundheitsämtern aufschlüsseln.
2. Welchen personellen Zuwachs haben die Gesundheitsämter in diesem Jahr erfahren? Bitte nach Gesundheitsämtern aufschlüsseln.
3. Wie viele Landkreise erfüllen die angestrebte Zahl an 5er-Kontaktverfolgungsteams?
4. Gibt es zentrale Ressourcen für den Fall der Entstehung von Hotspots?
5. Warum werden Corona-Cluster nicht regelmäßig bekannt gegeben?
6. Welche Cluster treten besonders häufig auf?
7. Basieren die Entscheidungen der Landesregierung auf Clusterinformationen?
8. Warum wurde die Maskenpflicht praktisch nicht durchgesetzt?
9. Wer bzw. welche Behörde ist für die Kontrolle der Maskenpflicht zuständig?
10. Warum hat die Landesregierung bis zum 12. August 2020 mit einer Entscheidung zum Thema Maskenpflicht in Schulen gewartet und die Beteiligten so in Unsicherheit gelassen?
11. Welche Gesundheitsämter können sich digital miteinander, dem Land und dem Robert-Koch-Institut Daten austauschen?
12. Welche digitalen Anwendungen wurden im Zuge der Pandemie im Öffentlichen Gesundheitsdienst eingerichtet?
13. Welche Anpassungen und Veränderungen der IT sind nötig, damit der Öffentliche Gesundheitsdienst digital arbeiten kann?

14. Welche Gesundheitsämter müssen in der Kontakt- und Infektionskettenverfolgung überwiegend mit Papier und/oder Fax arbeiten?
15. Wie sieht die Kooperation zwischen den Landkreisen und Gesundheitsämtern untereinander aus?
16. Wie gut funktioniert die Arbeit der Gesundheitsämter, die für einen Landkreis und eine kreisfreie Stadt zuständig sind?
17. Wie ist die Zusammenarbeit der Gesundheitsämter mit dem Robert-Koch-Institut gestaltet?
18. Ist der Landesregierung bekannt, wie viele der 900 bzw. 44.000 in Bayern nicht abgearbeiteten Corona-Testergebnisse Hessen betreffen?
19. Wie gedenkt die Landesregierung mit dieser Situation umzugehen?
20. Gibt es in jedem Landkreis ausreichend Laborkapazitäten zur Auswertung der Corona-Testungen?
21. Wie groß ist der Meldeverzug der Labore, der Gesundheitsämter und des Robert-Koch-Instituts bei den Corona-Fällen?
22. Was unternimmt die Landesregierung dafür, um diesen Meldeverzug zu verkleinern?
23. Warum werden negative Corona-Testergebnisse nicht in jedem Fall kommuniziert?
24. Wie sieht nach Auffassung der Landesregierung eine ideale Kontaktverfolgung aus?
25. Wie erfolgreich sind die Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung der Infektionsketten und bei der Überprüfung der Quarantäneauflagen?
26. Wie viel mehr Arbeit machen den Gesundheitsämtern bei der Infektionskettennachverfolgung die inzwischen zugewonnenen Kontakte?
27. Wie gehen die Gesundheitsämter bei den Entscheidungen über Quarantäneanforderungen für Schulen, Kitas und Unternehmen vor?
28. Werden die regulären Angebote der Gesundheitsämter inzwischen wieder angeboten?
29. Wann ist mit einer Umsetzung aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu rechnen?
30. Welche Differenz weist das durchschnittliche Gehalt einer in einer Klinik beschäftigten Ärztin/eines in einer Klinik beschäftigten Arztes zu dem Gehalt einer Ärztin/eines Arztes im Öffentlichen Gesundheitsdienst auf?
31. Wo und wie werden die fehlenden personellen Ressourcen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes rekrutiert?
32. Wird es eine Informationskampagne zur Gewinnung von mehr Studierenden für den Öffentlichen Gesundheitsdienst geben?
33. Wäre eine Kooperation mit einer privaten Hochschule zur zeitnahen Steigerung von Medizinstudenten eine zielführende Lösung?

Wiesbaden, 13. August 2020

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**

**Yanki Pürsün**